22 Schwerpunkt spw3|2020

Bildung und soziale Ungleichheit

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Max Reinhardt und Stefan Stache¹



© Radachynskyi – Getty Images/iStockphoto

Mit der zeitweisen Schließung von Schulen und Hochschulen und den Defiziten digitaler Infrastruktur und Lernformate sind die Zusammenhänge von Bildungschancen und sozialer Ungleichheit wieder in den Vordergrund politischer Debatten gerückt. Besonders sozial weniger oder nicht privilegierte Schüler*innen werden durch jene Defizite benachteiligt.² Bereits vor der Corona-Krise hatte die jüngste PISA-Studie abermals belegt, wie eng in Deutschland der Lernerfolg von der sozialen Herkunft abhängt. In Deutschland erreichten die Schüler*innen aus sozioökonomisch bevorteilten Elternhäusern eine weitaus höhere Punktzahl in der Lesekompetenz als Schüler*innen aus benachteiligten sozialen Lagen. Der Abstand zwischen diesen Gruppen war gegenüber der letzten PISA-Erhebung nicht nur gewachsen, sondern lag über dem Durchschnitt der OECD-Länder, während

z.B. Finnland deutlich besser abschnitt.³ Die Beteiligung an höherer Bildung in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten hat sich zwar insgesamt deutlich verbreitert. Zwischen 2014 und 2019 ist allerdings ein leichter Rückgang an Abiturient*innen und eine leichte Zunahme an Jugendlichen ohne Abschluss festzustellen.4 Immerhin 47 Prozent der 12-21-Jährigen besuchen laut Shell-Jugendstudie 2019 ein Gymnasium und 68 Prozent der 12-21-Jährigen möchten die Hochschulreife erwerben. Haben Väter bereits einen höheren Schulabschluß erreicht, liegen die Chancen auf eine Hochschulreife jedoch im Vergleich zu Jugendlichen doppelt so hoch, deren Väter einen niedrigeren Abschluss besitzen.5 Weil die Beteiligung an höherer Bildung in den letzen zwei Jahrzehnten in allen Schichten angestiegen ist, setzt sich die Bildungsungerechtigkeit trotz wachsender Chancen fort (Bil-

¹ Max Reinhardt ist Mitglied der spw-Redaktion und Bildungs- und Habitus-/Milieuexperte.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

² Siehe das Interview mit Birgit Eickelmann im Heftschwerpunkt.

³ Programme for international students assessment (PISA): PISA 2018. Ergebnisse Deutschland, online: http://www.oecd.org/berlin/themen/pisa-studie/PISA2018_CN_DEU_German.pdf.

⁴ https://www.bildungsbericht.de/de/datengrundlagen/daten-2020

⁵ Siehe Andrea Lange-Vester unter Bezug auf Befunde der Shell-Jugendstudie 2019 im Heftschwerpunkt.

spw3|2020 Schwerpunkt 23

dungsparadox).⁶ An den Hochschulen ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten: Zwar sind seit dem Wintersemester 2008/09 stets über zwei Millionen Studierende eingeschrieben, die sozialgruppenspezifischen Anteile der Beteiligung an Hochschulbildung sind jedoch ungleich verteilt.⁷

Seit langem scheinen die Ursachen von Bildungsungerechtigkeiten und solidarische Politiken für mehr Chancengleichheit auf der Hand zu legen. In den politischen Debatten der Linken und den bildungspolitischen Auseinandersetzungen insgesamt bleiben jedoch zentrale Mechanismen häufig verdeckt, die Ungleichheiten in der Alltagspraxis reproduzieren. So beeinflusst die durch den familiären Klassenhabitus und das Herkunftsmilieu vermittelte Nähe oder Ferne zur tonangebenden Kultur höherer Bildungsinstitutionen den Lernerfolg und die Bildungsbeteiligung.8 Quer hierzu liegen die Ungleichheitsdimensionen mit Diskriminierungserfahrungen wie dauerhafte gesundheitliche Beeinträchtigungen, Geschlecht und Migrationshintergrund⁹ sowie sexuelle Identität.¹⁰

Die Widersprüche des oben beschriebenen Bildungsparadoxes zeigen sich nun wieder deutlicher - auch durch steigende Arbeitslosenzahlen und zunehmende Spannungen durch Ungleichheiten. Frühere Auseinandersetzungen über Schulstrukturen wurden in einigen Bundesländern durch Konsense zwischen den Landesregierungen und der Opposition ("Schulfrieden") entschieden, die z.B. den Kommunen frei stellten, neue Gesamtschulen einzurichten. Die Entwicklungen bis zur Corona-Krise hatten dazu beigetragen, dass grundlegende Diskussionen um Ordnungsvorstellungen gerechter und emanzipatorischer Bildung in der SPD eine deutlich untergeordnete Rolle spielten. Fundamentale Reformdiskussionen

waren auch in den Jahrzehnten zuvor die Ausnahme. Im Vordergrund standen in beiden Parteiflügeln immer die Verminderung von Bildungsungleichheiten und ein Aufstiegsversprechen durch Bildungsöffnungen. Jene Versprechen gerieten v.a. infolge staatlicher Sparpolitik, aber auch einer Phase neoliberalerer Bildungspolitik (Stichworte: Studiengebühren, Verkürzung der Oberstufe, Teile des Bologna-Prozesses) besonders in den 2000er Jahren unter Druck. Die Befunde der ersten PISA-Studien belebten die innerparteilichen Diskussionen und führten teils zu neuen bildungspolitischen Programmen in den Landesparteien, die u.a. gemeinsames Lernen, kostenfreie Bildung oder für alle erreichbare Bildungsstandards einforderten. Später befeuerte die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention Schritte zur Inklusion an Schulen.11

Debatten auf Parteitagen, die sich im weitesten Sinne auf Chancengleichheit beziehen, konzentrierten sich im letzten Jahrzehnt weitgehend auf materielle und personelle Ressourcen wie z.B. gebührenfreie Bildung oder bedarfsgerechte Personalkapazitäten, die Ausweitung von Ganztagsschulen, Kompetenzerwerb und lebenslange Qualifizierungsmöglichkeiten, die Öffnung für Kooperation zwischen Bund und Ländern oder das Recht auf Kita-Plätze.12 Jüngere Anträge zielen nach den Erfahrungen der Zusammenlegung von Haupt- und Realschule zur Sekundarschule sowie der Konzentration benachteiligter Schüler*innen auf bestimmte Schulen und der verstärkten Nachfrage nach dem Abitur auf eine erhöhte soziale Durchlässigkeit. Letztere soll u.a. durch Qualitätsentwicklung und strukturelle Teilreformen erreicht werden. So sollen in Berlin Oberstufen an möglichst allen Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden.¹³ Zudem kritisieren SPD-Landesverbände (z.B. NRW) die fortbestehenden Bildungsungleichheiten des selektiven Schulsystems und erneu-

⁶ Ebd. unter Verweis auf Rainer Geißler.

⁷ Ebd. u.a. auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamts.

⁸ Diese komplexen und teils subtilen Zusammenhänge haben Bourdieu und Passeron bereits Ende der 60er Jahre untersucht: Pierre Bourdieu/Jean-Claude Passeron 1971: Die Illusion der Chancengleichheit. Stuttgart.

⁹ Vgl. z.B. Heike Solga/Rosine Dombrowski Soziale 2009: Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung. Stand der Forschung und Forschungsbedarf, Düsseldorf, online:https://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_ 171.pdf.

¹⁰ Siehe z.B. die spw-Debattenreihe Identität und Solidarität (spw 2020, Heft 237).

¹¹ Vgl. spw 2016 mit dem Heftschwerpunkt Behinderung und Inklusion (213).

¹² Vgl. SPD: Anträge zum ordentlichen Bundesparteitag der SPD am 7.-9. Dezember 2019 Berlin, online: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Ordentlicher_BPT/SPD_Antragsbuch_OPT_2017.pdf.

¹³ Vgl. exemplarisch SPD Berlin: Landesparteitag 26.10. 2019. Anträge und Beschlüsse u.a., online: https://parteitag.spd.berlin/cvtx_antrag/segregationim-berliner-schulsystem-bekaempfen/.

24 Schwerpunkt spw3|2020

ern das Ziel einer gemeinsamen, integrativen und inklusiven Schule für alle. Dies wird auf dem Wege einer schrittweisen Reduzierung der Schulformen angestrebt. Im Mittelpunkt des politischen Programms stehen wiederum die Investitionen in auskömmliche und erweiterte Ressourcen für individuelle Förderung, Schulsozialarbeit, Lehrpersonal und kostenfreie Angebote etc. Eine gerechtere Bildungsbeteiligung soll zudem u.a. durch bessere individuelle Lehrangebote, Lernbegleitung, mehr Zeit für individuelle Lernprozesse, offenere Lernsituationen, die Abschaffung des Sitzenbleibens und der Abschulung ermöglicht werden. Ein Nachholen von Abschlüssen jeder Stufe solle jederzeit möglich sein und der Zugang zu einem Studium nach dem Abschluss einer höheren Berufsausbildung möglichst offenstehen.14

Die Artikel des Heftschwerpunktes

Wie wichtig grundsätzliche Debatten um die Rolle von Bildung und den Abbau von Bildungsungleichheiten sind, zeigt Max Reinhardt an Hand von unterschiedlichen Strömungen der Berufspädagogik auf. Teile dieser Strömungen betrachten den Abbau sozialer Ungleichheiten nicht als ihre Aufgabe. (Teils) systemtheoretisch argumentierende Strömungen weisen - wie auch Sven Thiersch und Eike Wolf in diesem Heft – ein solches Verständnis pädagogischer Professionalität zurück. Bildung sei wie auch Gesundheit und Rechte wertneutral zu begreifen. Aus der Perspektive des Habitus- und Milieuansatzes geht es jedoch gerade darum, die vermeintlich wertneutralen Positionen der Akteur*innen kritisch zu reflektieren. Habitus- und Milieuforscher*innen, wie die im Heftschwerpunkt, analysieren, wie Reinhardt betont, nicht allein die Ungleichheit oder stellen pädagogische und gesellschaftspolitische Forderungen, sondern suchen nach Wegen, Ungleichheiten in der Praxis des Lehrens und Lernens und der Beratung von Schüler*innen und Studierenden zu vermindern. Bildungsaufsteiger*innen sollten z.B.

durch transparente Lernmittel und offen agierende Lehrende unterstützt werden. Letztere, so stellt der Autor klar, könnten jedoch nicht alle Probleme lösen, die gesellschaftspolitisch auf der Makroebene bearbeitet werden müssten.

Das Schulsystem in Deutschland ist, wie Dietrich Scholle feststellt, selektiv. Diese Selektion verlaufe nicht in einem kontinuierlichen, auch immer wieder korrigierbaren Prozess, sondern habe vor allem institutionalisierte Schnittstellen, an denen über die Passung zwischen Schüler*innen und Schulform entschieden werde. Er empfiehlt die Schaffung eines Schulsystems, in dem es nur noch Schulformen gibt, "die, jede auf ihre Weise, zum höchsten möglichen Schulabschluss, der allgemeinen Hochschulreife, dem Abitur, führen." Zudem fordert er die Etablierung einer konsequenten "Kultur des Behaltens", also des Verbleibs der Schüler*innen in der Schulform, die sie*ihn aufgenommen habe. Schließlich sollten alle Schulformen, sich in gleicher Weise den Aufgaben der Integration und Inklusion stellen.

Andrea Lange-Vester arbeitet anhand von Studienstilen und -verläufen heraus, in welcher Weise sich ungleiche kulturelle Passungen fortsetzen, die bereits in der Schule wirksam sind. Wer privilegiert sei, bewältige die Anforderungen mit verhältnismäßig großer "Leichtigkeit" und Selbstgewissheit. Für Schüler*innen aus weniger privilegierten Familien und unteren Milieus sei es hingegen "deutlich schwieriger", in der Schule zu bestehen. Sie seien häufig unsicher und wirkten angespannt. Diese Unterschiede wirkten auch bei Bildungsaufsteiger*innen nach, selbst wenn sie es bis zur Professur geschafft hätten. Auch Lehrpersonen trügen zur Reproduktion der Ungleichheiten bei, da sie "wie alle sozialen Gruppen und Individuen, gelernt" hätten, "ihren Alltag auf der Grundlage von verinnerlichten gesellschaftlichen Teilungen zu bestreiten, mit denen unter anderem Vorstellungen darüber verbunden sind, welche Gruppen an welchen sozialen Ort gehören". Die Autorin beschreibt die unterschiedlich ausgeprägten Möglichkeiten und Stile der oberen, mittleren und unteren Studierendenmilieus, das Studium zu bewältigen. Zugleich machen sich nicht nur vertikale Differenzen bemerkbar.

¹⁴ SPD NRW: Aufstiegschancen durch Bildung. Beste Bildung in NRW – Ein Leben lang. Leitantrag des Landesvorstandes, in: Außerordentlicher Landesparteitag der NRW-SPD am 21. September 2019 in Bochum. Beschlussbuch, online: https://drive.google.com/file/d/1V0512XIT1s809aw_6w7A6j3UMwFC-or-7c/frient

spw3|2020 Schwerpunkt 25

sondern auch horizontale Unterschiede. So verfügt z.B. ein Teil der Bildungsaufsteiger*innen über eine große Bildungsaufgeschlossenheit in Verbindung mit leistungsorientierten Strategien, die vor allem auf den Erwerb fachlicher Kompetenz als Grundlage dafür zielen, die je nach Milieu unterschiedlich stark ausgeprägten Ansprüche an Selbstbestimmung und auch an Sicherheit einlösen können. Ein anderer Teil der Bildungsaufsteiger*innen verfolgt mit seinen Strategien einen Zukunftsentwurf, in dem vor allem Status und Prestige eine wichtige Rolle spielen.

In seinem Artikel über Möglichkeiten und Barrieren habitus-struktur-reflexiver Hochschulpraxis führt Lars Schmitt biografische Arbeiten z.B. von Didier Eribon oder Édouard Louis für die Be- und Verarbeitung von Bildungsaufstiegen an. Schmitt stellt fest, dass sich das Thema "soziale Herkunft" nicht erledigt habe, "sobald die gewünschten Zielgruppen an die Hochschule gelotst wurden". Es gebe an der Hochschule mindestens drei Stufen der Partizipation der Studierenden zur Überwindung sozialer Barrieren: Das Partizipationsangebot, die Partizipationsnachfrage, die Partizipationsverwirklichung. Schmitt stellt die Frage, wie die Studierenden in ihrer Unterschiedlichkeit "aus diversen Milieus mit unterschiedlichen etwa geschlechterspezifischen, ethnisierten Sozialisationen und Zuschreibungen" angesprochen und abgeholt werden können. Als positives Beispiel nennt er die Seminare "Der Herkunft begegnen..." im Studiengang der Sozialarbeit bzw. Sozialpädagogik an der Hochschule Düsseldorf. Hierbei gehe es um den Blick auf die eigene Biografie und eine solidarische Herkunftsreflexion. Die große Herausforderung bleibt dabei, Strukturen an Institutionen zu verändern und eine reflexivere Lehre insgesamt anzustoßen. Denn Ungleichheiten würden häufig nicht gesehen oder ausschließlich auf der Seite der (personellen und materiellen) Ressourcen verortet.

Ausgangspunkt der Betrachtung von Martin Schmidt über habitussensible Studierendenberatung ist die "Annahme, dass Bildungsentscheidungen nicht nur eine Frage materieller Ressourcen (etwa BAföG) und institutioneller

Bedingungen (Zulassungsbeschränkungen, Öffnung der Hochschulen) sind, sondern es um den Einfluss von vermeintlich 'weichen' soziokulturellen Mechanismen in Bildungskontexten" ginge. Um unterschiedliche Positionen von Milieu und Habitus zu überbrücken, sei ein verstehender Zugang in der Beratung notwendig. Träfen nämlich unterschiedliche milieuspezifische Schemata von Beratenden und Studierenden im Beratungsgespräch aufeinander, könne dies zu Verunsicherungen bei den Studierenden und Befremden bei den Beratenden führen. "Es bieten sich dazu Methoden an, die den Zugang zur Alltagspraxis der Studierenden gewährleisten, wie etwa erzählgenerierende Fragen, die Studierende befähigen, Reflexionsprozesse über ihre soziale Herkunft und die damit verbundenen Studienhürden zu beginnen".

Regina Heimann weist darauf hin, dass die erste berufliche Entscheidung eine hohe bildungsbiografische Relevanz hat und "im Spannungsfeld" zwischen sich veränderbaren Bedingungen von Ausbildung und Arbeitsmarkt sowie "der eingeschränkten Kenntnis eigener Interessen, Kompetenzen und Entwicklungswünsche" stehe. Berater*innen am Übergang benötigten "daher neben einem Wissen um individuelle Entscheidungskomponenten sowie methodischer Beratungskompetenzen vor allem auch Kenntnisse zu strukturbedingten Barrieren, wie Milieu-, Ethnie- oder Geschlechtszugehörigkeit". Als Beispiel führt Heimann an, dass Frauen sich bspw. oft gegen Berufsfelder entschlössen, in denen eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf in ihren Augen unmöglich erscheine. Für eine habitussensible Beratungsperson drücke die Ausprägung persönlicher Stärken, Arbeitsgewohnheiten, fachlicher Neigungen und beruflicher Interessen den Habitus aus, der mit einer bestimmten sozialen Lage im Raum korrespondiere und gleichzeitig Entwicklungsmöglichkeiten, aber auch Handlungs- bzw. Denkgrenzen erzeuge. In der Beratung gehe es deshalb um das Entdecken und Verstehen dieser habituellen Grenzen. Wollten Lehrer*innen dem professionellen Beratungsanspruch im Übergang Schule-Beruf genügen, dann bräuchten sie ein hohes Maß an Selbstreflexivität sowie Rollenklarheit und -distanz so26 Schwerpunkt spw3|2020

wie Strukturen, die einen solchen Rollenwechsel zulassen.

Birgit Eickelmann hat die Kompetenzen von Schüler*innen ausgewählter Jahrgänge im Bereich digitaler Medien untersucht. Die wichtigsten Befunde dieser ICILS-2018-Studie zeigten deutlich, dass die Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung bei den Schüler*innen noch nicht angekommen seien, so Eickelmann im Interview in dieser Ausgabe. Es gebe erhebliche sozial bedingte Ungleichheiten, kaum eine Leistungsspitze. Die Nutzung digitaler Medien in der Schule erfolge in Deutschland außerdem vielfach in sehr traditionellen Settings, z.B. im Frontalunterricht. Die Corona-Krise habe die digitalen Ungleichheiten zudem noch verschärft. Eickelmann fordert den Ausbau der digitalen Infrastruktur. Es fehlten insbesondere leistungsstarke Internetinfrastrukturen, nicht nur aber vor allem an Schulen in Deutschland. Wichtig seien neben der Qualifizierung von Schulleitungen digitale Lernformate, welche Feedback von verschiedenen Seiten ermöglichten. Werde der alte Pfad fortgesetzt, führe dies zur Verschärfung digitaler Ungleichheit.

Neben den Schüler*innen waren auch Studierende massiv durch die Pandemie betroffen. Wie Ernst-Dieter Rossmann hervorhebt, verlor ein Teil von ihnen ihre Studierendenjobs und damit einen wesentlichen Teil ihrer finanziellen Basis. Zudem seien schätzungsweise zwischen 5 und 10 Prozent der Studierenden durch die äußeren Umstände in der Teilhabe an dem digital organisierten Studium behindert worden. Hierfür sei die notwendige Unterstützung, zumal für die besonders betroffenen ausländischen Studierenden, besser und schneller zu organisieren, wenn es hier nicht zu einem dauerhaften Ausstieg aus dem Studium kommen solle. Bei allen Notwendigkeiten digitaler Innovation und digitalen Studienmöglichkeiten in der Pandemie dürfe jedoch die Bedeutung des analogen Studiums für sozialen Austausch, Diskussionen und Lernprozesse nicht unterschätzt werden.

NEUERSCHEINUNG

Stefan Stache/Wolf von Matzenau (Hrsg.) Was heißt Erneuerung der Linken? Sozial-ökologischer Umbau und ein Sozialstaat für das 21. Jahrhundert



Mit einer zukunftsfähigen Konzeption, die den sozial-ökologischen Umbau mit dem Ausbau und der Modernisierung des Sozialstaates verbindet, könnte die Erneuerung der gesellschaftlichen Linken insgesamt gelingen.

192 Seiten, € 16.80, März 2020 VSA-Verlag, in Kooperation mit **spw**

jetzt bestellen (versandkostenfrei): spw-verlag@spw.de oder als Prämie fürs ABO sichern